

(A) **Bernhard Brinkmann** (Hildesheim) (SPD):

Lieber Kollege Koppelin, in der Frage der Mehrwertsteuererhöhung befanden wir uns in guter Gemeinschaft mit Ihrem jetzigen Koalitionspartner. Meine Partei wollte keine Erhöhung, die Union hat 2 Prozentpunkte gefordert, daraus sind dann 3 Prozentpunkte geworden. Ich habe das immer als Mengenlehre bezeichnet, weil man auch die nicht erklären kann. Aber Sie wissen besser denn je: In einer Koalition muss man Kompromisse machen. Auf unserem Papier war damals die Steuerfreiheit für Nachtzuschläge und Feiertagszuschläge ein Punkt, auf dem Papier der Unionsfraktion stand die Mehrwertsteuererhöhung, und darum ist es dazu gekommen.

Zu dem zweiten Punkt, Herr Kollege Koppelin. Bis vor wenigen Monaten haben wir immer noch die Monstranz vor uns her getragen, dass wir 8,3 Milliarden Euro einsparen könnten. Von Steuersenkungen will ich gar nicht reden. Da scheinen ja auch Sie mittlerweile zu anderen Überzeugungen zu kommen, nachdem Sie die Meinung der Bürgerinnen und Bürger dazu von Ihren Wahlergebnissen ablesen können. Aber Sie haben Einsparungen vorgenommen, ohne Abstimmung mit dem Minister. Ich weiß noch ganz genau, wie Herrn Minister zu Guttenberg damals auf der Regierungsbank die Gesichtszüge entglitten sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Beck hat bereits darauf hingewiesen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten im Land und darüber hinaus bei den Auslandseinsätzen einen gefährlichen und harten Job zu erfüllen haben. Das wird manchmal von der linken Seite des Hauses kritisiert. Der Hinweis, die Bundeswehr abzuschaffen, kommt nicht von ungefähr. Auch da könnte man ein bisschen Vergangenheitsbewältigung betreiben. Ich will das nicht tun. Aber ich möchte die Gelegenheit nutzen, den Soldatinnen und Soldaten und allen zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie ihren Angehörigen zu danken und ihnen ausdrücklich meinen Respekt und meine Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines bedrückt mich allerdings, und das war auch bei den Haushaltsberatungen 2010 schon Thema. Am nächsten Morgen erteilten mich dazu aus dem Ministerium – das hat vielleicht auch etwas mit der Personalstärke zu tun – innerhalb einer halben Stunde 35 Anrufe. Staatssekretär Schmidt weiß, worum es geht. Ich sehe auf der Besuchertribüne viele Besucherinnen und Besucher, allerdings keinen Soldaten, keinen Bürger in Uniform. Könnte das daran liegen, Herr Minister, dass die entsprechenden Haushaltsmittel ähnlich wie in 2010 schon Mitte des Jahres aufgebraucht sind und deshalb niemand im Rahmen der politischen Bildung mehr in die Hauptstadt kommen kann? Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das überprüfen ließen und mir eine schriftliche Nachricht zukommen lassen könnten. Die Mitarbeiter aus dem Ministerium können sich also etwaige Anrufe morgen früh sparen. Vielen Dank im Voraus dafür.

(C) Ich möchte mich auch für die bisher zur Verfügung gestellten Informationsunterlagen bedanken, die für die Beratung des Einzelplans 14 von Bedeutung sind. Ich gehe davon aus, dass es auch in Zukunft so sein wird. Nehmen Sie diesen Dank an das Ministerium bitte mit, Herr Minister. Ich freue mich auf die Berichterstattegespräche und die Beratungen im Haushaltsausschuss.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FDP unsere Kollegin Elke Hoff. Bitte schön, Frau Kollegin Elke Hoff.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Elke Hoff (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich glaube, dass Sie mit der Reform und dem Haushaltswurf auf einem guten Wege sind; denn ich vermisse substanzielle Beiträge der Opposition, die aufzeigen, wie sie an der Stelle anders agieren will. Von der Opposition höre ich nur: Ihr spart zu wenig. Vieles muss noch gemacht werden. Ihr schickt zu viele Soldaten in den Einsatz. Aber ihr müsst auch den Bündnisverpflichtungen Rechnung tragen. – Dieses Durcheinander erschwert es den Menschen, die diese Debatte verfolgen, festzustellen, in welche Richtung die zukünftige Sicherheitspolitik, die sich auch im Einzelplan 14 niederschlägt, aus der Sicht der Opposition gehen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

(D) Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, auf das einzugehen, was schon kritisch erwähnt worden ist, nämlich auf die Nichteinsetzung eines Unterausschusses Bundeswehrstrukturreform. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich bin der Überzeugung, dass diese wichtige Reform jedes Mitglied im Verteidigungsausschuss gleichermaßen angeht

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

und dass wir alle aufgefordert sind, uns ständig in jeder Sitzung des Verteidigungsausschusses mit diesen wesentlichen Dingen zu beschäftigen.

Zurück zur Sache. Wir haben weltweit eine Situation, in der nicht mehr die Vorstellungen der Politik den Rahmen der Sicherheitspolitik diktieren. Wir werden zunehmend, auch bedingt durch Globalisierung und durch völlig neue Sicherheitsrisiken und Herausforderungen, dazu aufgefordert, mit den staatlichen Instrumenten zur Sicherheitsvorsorge möglichst flexibel umzugehen. Dazu gehört auch die Bundeswehr. Es war ein Anliegen der Koalition, dass die Bundeswehr genau dafür ertüchtigt wird. Wir haben in der Vergangenheit festgestellt, dass häufig notwendige Entscheidungswege – sei es die Entsendung in einen Einsatz, seien es Beschaffungen und die Bereitstellung von Ausrüstung und notwendigem Material – viel zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir

Elke Hoff

- (A) zuallererst Folgendes erreichen wollen: flachere Hierarchien und Transparenz mit Blick auf Strukturen und Entscheidungen. Dass dies kein einfacher Weg ist, kann man sich angesichts der Größe einer Organisation wie der Bundeswehr sicherlich lebhaft vorstellen. Jetzt schon von einem Chaos zu reden – diese Äußerung habe ich vom Kollegen Bartels gehört; Kollege Arnold hat das ebenfalls angedeutet –,

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Die ganze Regierung ist ein Chaos! Wovon reden Sie?)

halte ich für vollkommen daneben. Wir stehen gemeinsam in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr handlungsfähig ist. Wir stehen aber genauso in der Pflicht, die Dinge nicht zu zerreden. Wir müssen gerade in diesen Bereich Ruhe und Zuverlässigkeit bringen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die wesentlichen Eckpunkte, durch die eine Bundeswehrreform determiniert ist, sind neben den finanziellen Rahmenbedingungen die demografischen und natürlich die sicherheitspolitischen Bedingungen. Wir haben heute Morgen in der Debatte sehr viel darüber gehört, wie wichtig es ist – auch ich bin dieser Auffassung –, sich in Europa in vielen elementaren Politikfeldern aufeinander zuzubewegen. Ich nenne beispielsweise Wirtschaftspolitik, Haushaltspolitik und Finanzpolitik. Es ist nicht zuletzt eine Lehre aus der Diskussion über Libyen, dass wir gemeinsam in Europa schnellstmöglich europäische Sicherheits- und Verteidigungsinteressen definieren müssen. Daraus können wir ableiten, mit welchen Fähigkeiten und Mitteln wir und die europäischen Partner der Verantwortung gerecht werden können.

(B)

Es wird sehr viel über Bündnistreue und Bündniszuverlässigkeit geredet. Wenn ein Land mehr als 7 000 Soldatinnen und Soldaten in internationalen Einsätzen hat, kann ich beim besten Willen keine Bündnisunzuverlässigkeit feststellen. Wenn ich aber – damit komme ich auf das Thema „Definition der gemeinsamen europäischen Interessen“ zurück – von einem großen Bündnispartner höre, dass in Zukunft an die Europäer, sozusagen vor der eigenen Haustür, andere Anforderungen gestellt werden, bedeutet das einen qualitativen Unterschied innerhalb des Bündnisses. Deswegen sollten wir gemeinsam überlegen – genauso wie wir es vor einem Auslandseinsatz machen und es die Soldaten mit Recht einfordern –, wie wir europäische Sicherheitsinteressen definieren und wie wir diese Bereiche kompatibel machen können, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zur Demografie. Herr Minister, Sie haben eben gesagt, dass der Umbau der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee notwendig war. – Sie haben „leider“ gesagt; ich als FDP-Vertreterin würde „Gott sei Dank“ sagen. – Das hat selbstverständlich auch etwas mit der demografischen Entwicklung zu tun. An dieser Stelle möchte ich mich für einen Gedanken starkmachen – das ist eben

(C) schon angeklungen –: Wenn die jungen Männer und Frauen in Zukunft zu einer Mangelware auf dem Arbeitsmarkt werden, dann sollten wir, anstatt gegeneinander zu konkurrieren, mit der Industrie und mit der Privatwirtschaft kooperieren. Damit könnten wir die Attraktivität der Bundeswehr für junge Männer und Frauen erhöhen, die sich freiwillig für eine gewisse Zeit zum Dienst an der Waffe entscheiden, aber danach eine Perspektive brauchen. So könnten wir gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Wahrscheinlich geht es Ihnen genauso wie mir. Aus der Wirtschaft heraus wird die Frage an uns gerichtet, wie wir für Spezialisten, die überall Mangelware sind – in technischen Berufen, im IT-Bereich –, gemeinsam Arbeitsbiografien aufbauen können. Jungen Männern und Frauen fällt die Entscheidung zum Dienst an der Waffe für ihr Vaterland leichter, wenn sie wissen, dass sie anschließend eine vernünftige Situation auf dem Arbeitsmarkt erwartet. Herr Minister, ich kann Sie nur ermuntern, an dieser Stelle intensiv mit der mittelständischen Wirtschaft und mit der Industrie bei uns im Lande die notwendigen Gespräche zu führen. Unsere Unterstützung haben Sie dabei.

(D) Kollege Koppelin hat bereits einiges zum Haushalt gesagt. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, den Mittelansatz im Verteidigungshaushalt einigermaßen stabil zu halten. Natürlich muss auch die Bundeswehr ihren Beitrag zum Sparen leisten. Ich glaube, man könnte es niemandem klarmachen, wenn das nicht der Fall wäre. Aber das muss verantwortungsvoll geschehen; es muss nachvollziehbar sein, und es bedarf einer gewissen Zeit. Auch hier finden wir uns als FDP-Fraktion wieder, weil wir immer gesagt haben: Einsparen ja, aber über einen längeren Zeitraum und in angemessener Höhe. Insofern, Herr Minister, auch an dieser Stelle ein Kompliment von meiner Fraktion. Sie haben in einer schwierigen Zeit das notwendige Stehvermögen bewiesen, um Ihre Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, denen ich an der Stelle ausdrücklich danke, davon zu überzeugen, dass die Fürsorge für unsere Soldatinnen und Soldaten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Insofern kann ich vonseiten der FDP diesem Haushalt nur zustimmen.

(Abg. Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ich glaube, dass noch ein ganz dickes Brett zu bohren ist. Deswegen bin ich froh, Herr Minister, dass Sie in Ihren Verteidigungspolitischen Richtlinien einen Satz eingefügt haben, mit dem Sie Ihr Verständnis der deutschen wehrtechnischen Industrie zum Ausdruck bringen, nämlich dass sie eine dienende Funktion hat. Ich würde mich sehr freuen, wenn es uns in Zukunft gelingt, vor diesem Hintergrund die richtigen Entscheidungen zu treffen, sodass die Industrie zwar einerseits wettbewerbsfähig ist, andererseits aber in einer angemessenen Zeit das notwendige Material verlässlich zur Verfügung stellen muss.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Vielleicht ist der Begriff „verdienen“ besser als „dienen“!)

Elke Hoff

(A) Ich darf mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank. – Frau Kollegin, ich konnte die Zwischenfrage nicht mehr zulassen, weil die Redezeit schon abgelaufen war. Ich glaube, Sie haben das auch so verstanden.

Nächster Redner in unserer Debatte ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unser Kollege Omid Nouripour. Bitte schön, Herr Kollege.

Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute auf den Tag genau vor zehn Jahren hätte niemand daran gedacht und geglaubt, dass wir, der Bundestag, einmal die Bundeswehr nach Afghanistan schicken würden.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Wirklich wahr!)

Vor wenigen Jahren wäre es nicht denkbar gewesen, über einen Einsatz im Libanon oder im Sudan zu sprechen. Niemand kann heute wissen, was in 15 Jahren die Hauptherausforderungen bei der Sicherheit unseres Landes und die Aufgaben der Bundeswehr sein werden. Wer heute behauptet, das für die Zukunft zu wissen, ist entweder ein Hellseher oder ein Hochstapler.

(B) Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass die Bundeswehr flexibler wird. Das geht natürlich nur dann, wenn das Geld zusammengehalten wird. Das Geld in diesen Zeiten der Verschuldung zusammenzuhalten, ist natürlich alles andere als einfach. Deshalb war es völlig richtig, dass der ehemalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gesagt hat, er wolle eine große Bundeswehrreform durchführen. Er hat dies am Anfang fälschlicherweise ausschließlich mit dem Finanzdruck begründet; aber der Finanzdruck ist vorhanden und wird auch in den nächsten Jahren vorhanden sein.

Insofern war es richtig, hier heranzugehen und große Überschriften zu produzieren. Die Strukturen müssen tatsächlich effizienter gestaltet werden. Die Gesamtgröße der Bundeswehr ist auf den Prüfstand gestellt worden; das sollte aus unserer Sicht weiterhin getan werden. Vor allem geht es um Veränderungen bei der Beschaffungsphilosophie, die bisher in diesem Land existiert: Seit Jahrzehnten wird mit einem Etat, der eigentlich für andere Zwecke da ist, Industriepolitik betrieben. All diese Punkte sind wichtig.

Das Problem beim alten Minister war: Er hat Überschriften produziert, aber die Seiten des Buches nicht gefüllt. Das heißt, er hat Ihnen, Herr Minister, ein ziemlich leeres Heftchen hinterlassen. Dadurch können Sie nicht nur verwalten, sondern auch gestalten. Es ist nicht nur schlecht, dass da noch nicht so viel gemacht worden ist, dass die Kärnerarbeit noch bevorsteht; denn das gibt Ihnen die Möglichkeit, tatsächlich zu gestalten. Das Problem ist: Wenn ich mir diesen Einzelplan anschau, dann finde ich davon nichts wieder. Ich finde in diesem Zah-

lenwerk keine große Bundeswehrreform, sondern ausschließlich einen kleineren Verwaltungsakt. Wir schauen einmal, wie die Verhandlungen jetzt weitergehen werden. (C)

Herr Minister, Sie stellen sich hin und sagen: „Die Entscheidungen müssen verantwortbar und verlässlich sein.“ Ich frage mich dann aber, wer eigentlich im Bundeskabinett dem 44. Finanzplan zugestimmt hat. Sie waren doch dabei. Wenn Sie ein Jahr später diesen Finanzplan nahezu komplett revidieren, dann ist die Frage: Welche der beiden Entscheidungen war nicht „verantwortbar und verlässlich“?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist wirklich ein Rätsel, das Sie bitte auflösen mögen. Es wäre spannend und angesichts der Verlässlichkeit, die Sie hier beanspruchen, gar nicht so falsch, wenn Sie vielleicht irgendwann einmal sagen würden, was denn eigentlich falsch war und was Sie dazu bewogen hat, diese Entscheidung zu revidieren.

Der Finanzdruck bleibt aber bestehen. Es bleibt bisher rätselhaft, wo das neue Geld herkommen soll. Wir sind sehr gespannt. Aber Fakt ist: Nominell 65 000 Soldaten weniger werden im Jahr 1 Milliarde Euro mehr kosten. Ich weiß nicht, ob Sie der Bundeswehr damit einen Gefallen tun. Vor allem ist es auch spannend, dass ursprünglich 2011 und 2012 die entscheidenden Jahre sein sollten; die Anschubfinanzierung sollte vor allem 2011 erfolgen. Jetzt ist alles ein bisschen hin- und hergebogen worden, auch der Zeitplan. Das heißt, erst 2013 gibt es einen richtigen Schluck mehr für die Bundeswehr. (D) Komischerweise ist dann Wahlkampf. Es ist natürlich alles andere als gut für die Truppe, dass Sie uns im Nachhinein sozusagen einen Wahlkampfetat hineinzimmern wollen. Deshalb halte ich es nicht für angemessen, sich hier dafür feiern zu lassen, dass weniger gespart wird; denn das, was Sie heute nicht sparen, wird die Truppe morgen und übermorgen doppelt und dreifach sparen müssen; das sage ich auch in Richtung der Sozialdemokratie. Ich verstehe nicht, dass man einfach immer mehr Geld braucht. Das wird auf lange Sicht nicht funktionieren. Noch einmal: Wir brauchen einfach andere Strukturen, eine andere Größe und – noch einmal – vor allem eine andere Beschaffungspolitik.

Die zentrale Frage ist aber die nach der sicherheitspolitischen Ableitung. Sie haben es so gelöst, dass Sie Verteidigungspolitische Richtlinien formuliert haben. Sie haben bei der Verabschiedung des Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Kersten Lahl, vor einigen Tagen gesagt, wir hätten in der Sicherheitspolitik in Deutschland keine Strategielücke. Ich teile diese Äußerung: Ich glaube nicht, dass wir eine Strategielücke haben, denn wir haben gar keine Strategie. Ich sehe gar keine Strategie dieser Bundesregierung. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien sind ein Mahnmal für diese Strategielosigkeit.

Es gab einmal Verteidigungsminister, die die Verteidigungspolitischen Richtlinien im Bundeskabinett haben verabschieden lassen. Sie aber haben daraus einen Verwaltungsakt gemacht. Es ist mit dem Auswärtigen Amt